

Gut.

Fair. Menschlich. Nah.

Geschäftsbericht 2015

Wenn's um Geld geht

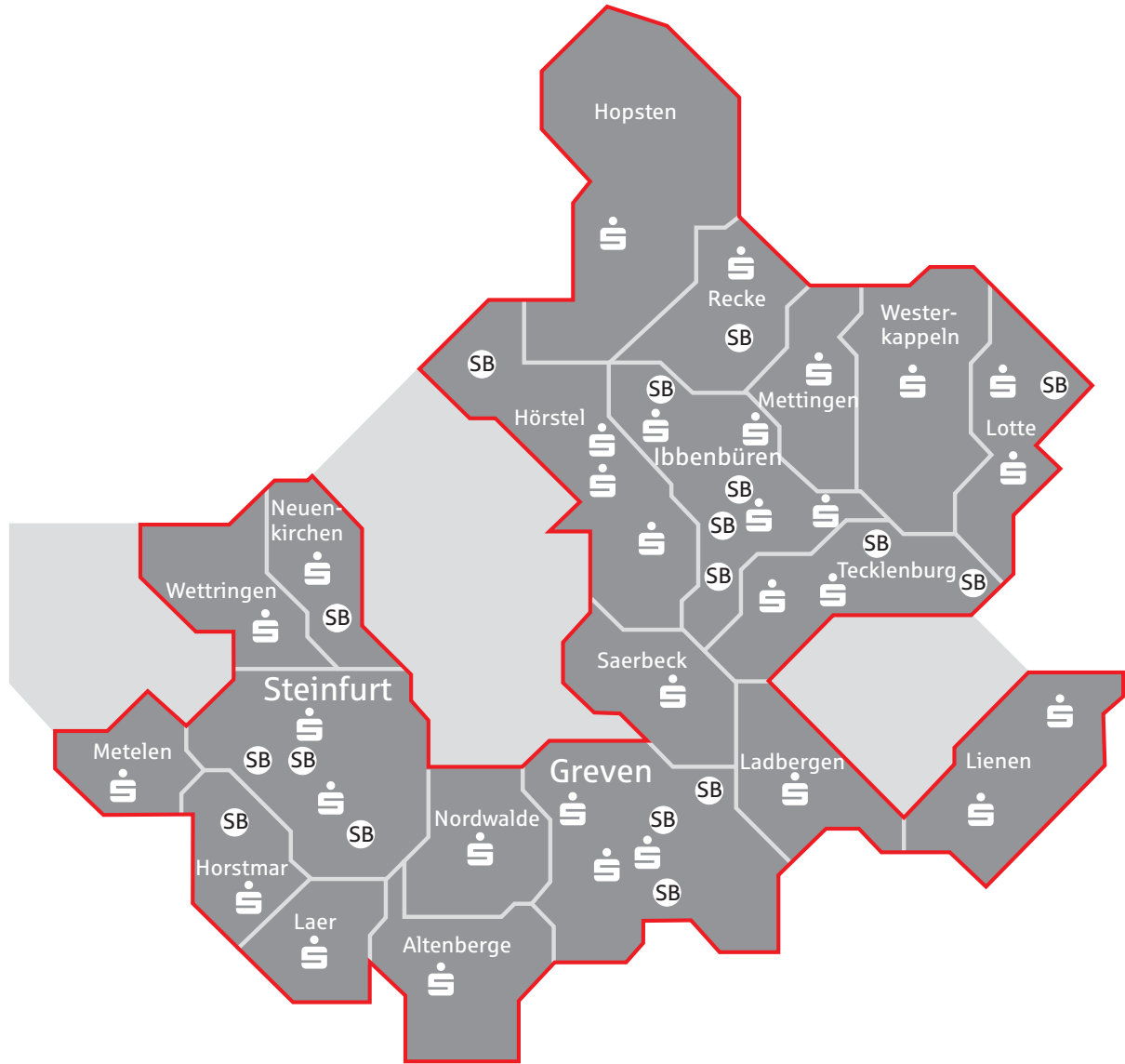


Kreissparkasse
Steinfurt

Wenn's um Geld geht



Kreissparkasse Steinfurt



Lagebericht Kreissparkasse Steinfurt 2015

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreissparkasse Steinfurt ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn (DSGV), angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 4197 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Steinfurt und den Städten und Gemeinden Altenberge, Greven, Hörstel, Hopsten, Horstmar, Ibbenbüren, Ladbergen, Laer, Lienen, Lotte, Metelen, Mettingen, Neuenkirchen, Nordwalde, Recke, Saerbeck, Steinfurt, Tecklenburg, Westerkappeln und Wettringen gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Ibbenbüren und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Kreissparkasse Steinfurt sind das Gebiet des Trägers sowie das Gebiet der benachbarten Kreise Borken, Coesfeld, Emsland, Osnabrück, Warendorf, Landkreis Grafschaft Bentheim und der kreisfreien Städte Münster und Osnabrück. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Unsere Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung unserer Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertrags- und Kostensenkungspotenzialen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategien überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat unserer Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Moderate Entwicklung der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft expandierte im Verlauf 2015 nur moderat. Dies geht vor allem auf ein schwächeres Wachstum in den Schwellenländern zurück. Insgesamt expandierte die Weltwirtschaft mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,4 %.

Die Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern ist unter anderem auf den Wachstumsrückgang in China zurückzuführen. Im Zuge der Wachstumsabschwächung ging die Rohstoffnachfrage der chinesischen Wirtschaft merklich zurück, was den globalen Verfall der Rohstoffpreise zur Folge hatte. Davon betroffen sind insbesondere die rohstoffexportierenden Länder Brasilien und Russland, die sich mittlerweile in einer tiefen Rezession befinden.

Deutlich günstiger stellte sich demgegenüber die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern dar. Sie profitierten von den niedrigen Weltmarktpreisen insbesondere für Rohöl und andere Energieträger. Denn diese erhöhen den Ausgabenspielraum von privaten Haushalten, Unternehmen und dem Staat. Der konjunkturelle Aufschwung in den USA und in Großbritannien setzte sich entsprechend fort.

Im Euro-Raum lieferte die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank einen hohen Wachstumsbeitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Darüber hinaus hat der drastische Ölpreisrückgang die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht und zu einem spürbaren Anstieg des privaten Verbrauchs beigetragen. In Anbetracht dieser Sonderfaktoren und der aus ihnen folgenden Impulse ist die momentane Wirtschaftsdynamik im Euro-Raum jedoch enttäuschend. Auch die Arbeitslosigkeit in Europa befindet sich immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Deutschland befindet sich in robuster konjunktureller Verfassung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem moderaten Aufschwung. Mit einer Zuwachsrate von 1,7 % legte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 etwa im gleichen Tempo zu wie im Jahr zuvor (1,6 %).

Die Wachstumsimpulse kamen erneut hauptsächlich von der Binnenwirtschaft und dabei in erster Linie vom privaten Konsum. Hierin spiegeln sich die weiter steigende Beschäftigung (Arbeitslosenquote 6,4 %, nach 6,7 % im Vorjahr) und höhere Reallöhne wider. Die Verbraucherpreise stagnierten mit einer Inflationsrate von 0,3 % (Vorjahr 0,9 %).

Auch die deutschen Exporte konnten trotz der eher verhaltenen Entwicklung des Welthandels kräftig expandieren. Dazu beigetragen hat eine deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Exporteure infolge der Abwertung des Euro.

Aufgrund der robusten konjunkturellen Verfassung der deutschen Wirtschaft kann der Staat im Jahr 2015 erneut einen Finanzierungsüberschuss ausweisen.

Das regionale Wirtschaftsklima – Privater Verbrauch stützt die Konjunktur

Das konjunkturelle Umfeld für Nord-Westfalen bleibt zum Jahreswechsel 2015/2016 freundlich. In der Gesamtschau steigt der IHK-Konjunkturklima-indikator auf 126 Punkte. Dies ist der beste Stand seit fünf Jahren.

Die Geschäftslage wird von den Unternehmen erneut besser eingeschätzt als im Spätsommer 2015. 95 % der Betriebe urteilen mit gut oder befriedigend, nur eine kleine Minderheit mit schlecht. Es ist unverändert vor allem die Binnenkonjunktur, die zu der bemerkenswert guten Stimmung in der Wirtschaft führt.

Günstig stellt sich die Situation vor allem im Handel und in der Bauwirtschaft dar. Auch in der Industrie wird die Situation positiv gesehen, wenn auch mit leichten Einschränkungen. Denn hier schlägt sich das „mühsame“ Exportgeschäft der Unternehmen nieder, die auf den Weltmärkten mit zum Teil heftigem Gegenwind zu kämpfen haben.

Der Unterschied zwischen Binnenkonjunktur und internationalem Geschäft zeigt sich auch deutlich in den Ergebnissen nach Unternehmensgrößenklassen: Es sind besonders die kleineren Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten, die überdurchschnittlich gut antworten, während die Großunternehmen eher unter dem Durchschnitt liegen.

Das stetige, wenn auch moderate Wachstum führt im Laufe der Zeit zu einer immer höheren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten. Um lieferfähig zu bleiben, erhöhen jetzt die Unternehmen ihre Investitionen. Ein Viertel will mehr in Anlagen und Bauten investieren, 18 % nehmen die Planung zurück.

Trotz der derzeit guten Lage sehen die Unternehmen auch potentielle Belastungen auf sich zukommen. Hier sind es vor allem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die ihnen am meisten Sorgen bereiten.

Zinsentwicklung

2015 war ein auf den ersten Blick unspektakuläres Jahr an den europäischen Rentenmärkten. Diesen Eindruck könnte man beim Blick auf den Jahresanfangswert von 0,55 % und den Jahresendwert von 0,61 % bei der Rendite für 10-jährige Bundesanleihen bekommen. Unspektakulär war das Jahr an den europäischen Rentenmärkten allerdings keinesfalls.

Die quantitative Lockerung in der Geldpolitik der EZB ab dem ersten Quartal 2015 beförderte die Renditen aller Laufzeitbereiche kräftig nach unten. Bei Bundes-

anleihen lagen die Renditen bis hin zu Laufzeiten von 9 Jahren unter der Nulllinie und waren somit negativ. Bei der 10-jährigen Bundesanleihe wurde am 17. April 2015 mit einem Wert von 0,049 % ein historischer Tiefststand gemessen.

Von diesem Punkt aus folgte allerdings ein Einbruch an den Rentenmärkten, der die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe bis zum 10. Juni 2015 auf 1,059 % nach oben schießen ließ.

Durch das weiterhin laufende Ankaufprogramm der EZB im Volumen von EUR 60 Mrd. pro Monat setzte daran anschließend aber wieder der Rückgang der Renditen ein.

Da die Inflationsrate in Deutschland nach wie vor über dem Zinssatz für sichere Geldanlagen notiert, bedeutet das für Anleger weiterhin einen Realzinsverlust in Kauf nehmen zu müssen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Mit den unter der Bezeichnung „Basel III“ bekannten Regelungstexten des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind Vorgaben für das Eigenkapital, die Erweiterung der Risikobetrachtung, den Kapitalpuffer, die Leverage Ratio (Verschuldungskennziffer), die Liquidität und das Meldewesen aufgestellt worden, die im Jahr 2015 weiter konkretisiert wurden.

Das US-amerikanische Gesetz FATCA („Foreign Account Tax Compliance Act“ – Gesetz zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit bei ausländischen Konten) soll das Ausmaß der Steuervermeidung durch US-Steuerpflichtige senken. Hierzu hat unsere Sparkasse umfangreiche Identifikations- und Dokumentationsmaßnahmen im Rahmen der Eröffnung von Konten und Depots etabliert, in 2015 alle Bestandskunden klassifiziert und eine erste Meldung der identifizierten US-Personen durchgeführt.

Mit Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie zum 21.03.2016 wird die Regulierung der Kreditvergabe zur Schaffung eines transparenten, effizienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts auch für Immobilienfinanzierungen fortgesetzt. Der Verbraucherschutz soll durch nachhaltige und verantwortungsvolle Kreditvergabe sowie eine Verbesserung der Beratungsqualität sichergestellt werden. Unsere Sparkasse hat bereits die geforderte verantwortungsvolle Kreditvergabe praktiziert und wird die Anforderungen termingerecht umsetzen.

Mit den Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen wurden durch die BaFin Vorgaben und Regeln zum Schutz der Verbraucher im elektronischen Zahlungsverkehr eingefordert. Unsere Sparkasse hat diese Vorgaben im Rahmen der vorgesehenen Fristen bis zum 05.11.2015 umgesetzt.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2015 sind wir gut zufrieden.

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2015 um EUR 168,4 Mio. bzw. 5,0 % auf EUR 3.557,6 Mio. Sie ist damit stärker gestiegen, als ursprünglich geplant. Das Bilanzsummenwachstum resultiert zu etwa einem Drittel aus GroÙeinlagen, die nur über den Jahreswechsel bei uns angelegt waren.

Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um EUR 337,5 Mio. oder 5,9 % auf EUR 6.020,7 Mio.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,7 % im Rahmen unserer Planung von etwa 3,0 %. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2015 auf EUR 619,9 Mio. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 46,8 % auf EUR 328,3 Mio. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich auf 77,5 % (Vorjahr 78,5 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um EUR 98,0 Mio. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Anstieg von 40,0 % auf EUR 293,0 Mio. aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft um EUR 13,8 Mio. Die Darlehenszusagen stiegen um 22,2 % auf EUR 299,5 Mio.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verringerte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt EUR 26,7 Mio. auf EUR 500,9 Mio. Hierbei war insbesondere der Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 37,4 Mio. aufgrund von Fälligkeiten maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhten sich um EUR 10,8 Mio. Ursächlich hierfür war die Wiederanlage der Ausschüttung unseres Spezialfonds.

3.4. Beteiligungen

Der Anteilsbesitz per 31.12.2015 von EUR 52,7 Mio. entfiel mit EUR 51,6 Mio. auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um EUR -0,2 Mio. resultiert insbesondere aus der Stammkapitalherabsetzung des SVWL infolge der Kapitalherabsetzung der dwpbank AG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Aus dem Wachstum der Kundeneinlagen und dem Saldo aus An- und Verkäufen im Kundenwertpapiergeschäft wurde im Jahr 2015 eine Gesamtersparnis von EUR 200,7 Mio. erzielt. Dabei fiel der Anstieg der Kundeneinlagen mit EUR 193,3 Mio. bzw. 8,6 % auf EUR 2.434,5 Mio. deutlich stärker aus als geplant. Im Wertpapiergeschäft wurden insgesamt für EUR 7,4 Mio. mehr Wertpapiere gekauft als verkauft.

Ursächlich für den Zuwachs bei den Kundeneinlagen ist der Anstieg der Sichteinlagen um EUR 189,2 Mio. Davon entfallen etwa ein Drittel auf Großeinlagen, die nur über den Jahreswechsel bei uns angelegt waren. Darüber hinaus erhöhte sich auch der Bestand der Spareinlagen um EUR 14,1 Mio. Bedingt durch das Zinsumfeld hat die Nachfrage nach Termingeldern und Sparkassenbriefen weiter abgenommen. Folglich reduzierten sich deren Bestände um EUR 3,7 Mio. bzw. EUR 6,2 Mio.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um EUR 33,6 Mio. auf EUR 99,3 Mio. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Zinsabgrenzungen aus Swapgeschäften zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um EUR 32,5 Mio. auf EUR 767,1 Mio. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft verzeichnete im Jahr 2015 eine deutliche Belebung. Dadurch hat sich der Gesamtumsatz um EUR 46,5 Mio. erhöht.

Der Schwerpunkt der Neuanlagen lag weiterhin bei den Investmentfonds. Besonders mit Blick auf die Altersvorsorge nutzen hier immer mehr Kunden Anlageprodukte aus dem Wertpapierbereich.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 2.804 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von EUR 84,3 Mio. abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir erwartungsgemäß unter dem Niveau von 2014.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte gesteigert werden. Ein Schwerpunkt lag hier auf den Abschlüssen gegen Einmalbeträge.

Weiterhin hoch war die Nachfrage nach Wohnimmobilien. Mit 177 Objekten und einem Verkaufswert von EUR 25,5 Mio. konnten wir das Vorjahresultat jedoch nicht wiederholen.

Das Leasing hat sich als Liquidität schonende Finanzierungsform bewährt und lieferte mit einem Neugeschäft von EUR 20,0 Mio. ein erneut ansprechendes Ergebnis.

Insgesamt bewegte sich das Dienstleistungsgeschäft damit weitestgehend im Rahmen unserer Erwartungen.

3.8. Investitionen

Durch weitere Investitionen in Raum und Technik haben wir innovative und kundenorientierte Rahmenbedingungen für die Kundenberatung geschaffen. Darüber hinaus haben wir die Aktualisierung unseres Selbstbedienungsangebotes fortgesetzt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2015 beschäftigte unsere Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 839 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 315 Teilzeitkräfte und 54 Auszubildende.

Um in den nächsten Jahren auf gut qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen zu können, bildet unsere Sparkasse in mehreren Ausbildungsberufen aus. Mit einer sehr guten Ausbildung werden wir der bildungspolitischen Verantwortung für unsere Region gerecht.

Auch im Jahr 2015 hat unsere Sparkasse das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen gesichert und weiter ausgebaut. So wurden rd. TEUR 350 in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben den Maßnahmen zur Kompetenzsteigerung im Bereich Digitalisierung zahlreiche Schulungen und Coachings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz.

Unsere Sparkasse ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher wurde sie von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2015 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von EUR 200,2 Mio. (Vorjahr EUR 194,7 Mio.) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von EUR 8,8 Mio. auf EUR 113,2 Mio. erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2015 mit 14,0 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und die intern festgelegte Mindestgröße von 9,2 % deutlich. Die angerechneten Eigenmittel setzen sich dabei ausschließlich aus Kernkapital zusammen. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 2,98) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,30. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach EU-VO

Nr. 61/2015 weist per Jahresende einen Wert von 145,0 aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Europäischen Zentralbank/Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) abzu-

schließen, wurde nicht genutzt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilitäten) wurden ebenfalls nicht in Anspruch genommen. Die Kreditlinien bei der Helaba wurden teilweise beansprucht. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei Kreditinstituten aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2015	2014	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	64,5	65,5	-1,0	-1,5
Provisionsüberschuss	26,4	25,0	1,4	5,6
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	-
Sonstige betriebliche Erträge	8,3	2,7	5,6	207,4
Personalaufwand	46,1	44,8	1,3	2,9
Anderer Verwaltungsaufwand	16,4	19,6	-3,2	-16,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5,5	5,3	0,2	3,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	31,3	23,5	7,8	33,2
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	15,8	5,0	10,8	216,0
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	8,8	5,8	3,0	51,7
Ergebnis vor Steuern	6,7	12,7	-6,0	-47,2
Steueraufwand	1,2	7,6	-6,5	-84,4
Jahresüberschuss	5,5	5,1	0,4	7,8

Zinsüberschuss:

Provisionsüberschuss:

Sonstige betriebliche Erträge:

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

GuV-Posten Nr. 5 und 6

GuV-Posten Nr. 8 und 20

GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2015 wird maßgeblich durch Steuererstattungen infolge einer Berichtigungsveranlagung für Vorjahre beeinflusst. Die Auswirkungen zeigen sich in den gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen und dem deutlich gesunkenen Steueraufwand. In Folge dessen konnte die Risikovorsorge aufgestockt werden.

Negative Zinsen haben das Zinsergebnis nur unwesentlich beeinflusst.

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden hier die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,04 % (Vorjahr 0,82 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) des Jahres 2015. Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf Verbesserungen beim Zins- und beim Provisionsüberschuss sowie geringere Sachaufwendungen zurückzuführen. Das erzielte Betriebsergebnis vor Bewertung liegt über dem im Verlauf des Jahres angehobenen Planwert von 0,96 % der DBS. Der Durchschnittswert der Sparkassen im Verbandsgebiet des SVWL beträgt 1,08 %. Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) verbesserte sich von 70,4 % auf 63,7 %. Damit konnte der ursprünglich prognostizierte Wert unterschritten werden.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich auf der Grundlage des Betriebsvergleichs um EUR 3,8 Mio. auf EUR 72,5 Mio. Er beträgt damit 2,10 % der DBS. Abweichend zur vorstehenden Darstellung des Zinsüberschusses in der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Betriebsvergleich die im Jahr 2015 angefallenen einmaligen aperiodischen Zinsaufwendungen für die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps dem neutralen Ergebnis zugerechnet (EUR 11,9 Mio.).

Der Provisionsüberschuss lag bei EUR 26,4 Mio. und konnte im Vergleich zum Vorjahr um EUR 1,4 Mio. gesteigert werden. Er entwickelte sich damit besser als erwartet. Gegenüber unserer Planung konnten wir insbesondere höhere Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen vereinnahmen.

Die Personalaufwendungen blieben nach den Werten des Betriebsvergleichs mit EUR 43,6 Mio. konstant. In Relation zur DBS ist damit eine Senkung von 1,28 % auf 1,26 % verbunden. Abweichend zur vorstehenden Darstellung des Personalaufwands in der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Betriebsvergleich die im Jahr 2015 angefallenen Aufwendungen zur Dotierung der Rückstellungen für laufende Pensionen dem neutralen Ergebnis zugerechnet. Die Sachaufwendungen sind von EUR 22,7 Mio. auf EUR 19,6 Mio. zurückgegangen. Hier enthielt das Vorjahresergebnis unter anderem einmalige Aufwendungen für unser Hauptstellengebäude in Steinfurt. Darüber hinaus wurden die veranschlagten Budgets im Vergleich zu unserer ursprünglichen Planung nicht voll ausgeschöpft. In Relation zur DBS hat sich der Sachaufwand gemäß Betriebsvergleich von 0,66 % auf 0,57 % verbessert.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) werden in Höhe von EUR 15,8 Mio. ausgewiesen. Sie entfallen im Wesentlichen auf die Aufstockung unserer Risikovorsorge. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft und die Bewertungsmaßnahmen für die Eigenanlagen waren von untergeordneter Bedeutung. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit weiteren EUR 8,8 Mio. dotiert. Der Jahresüberschuss betrug EUR 5,5 Mio. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,16 %.

Insgesamt sind wir mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 gut zufrieden. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die Entwicklung positiv beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit wurde vom Vorstand eine risikoneutrale Positionierung verankert. Diese wird durch folgende Risikoneigung zum Ausdruck gebracht:

- Risiken mit günstigem Chance- / Risikoprofil werden bewusst eingegangen,
- Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert und
- Risiken mit ungünstigem Chance- / Risikoprofil sind zu kompensieren und zu vermindern.

Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Geschäfts- und Risikostrategie die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, wurden die strategischen Vorgaben überprüft und teilweise aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken

werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen ist damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanage-

ment umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und ggf. eine Testphase vorzuschalten. Außerdem sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand hat die Risikocontrolling-Funktion dem Leiter des Bereichs Gesamtbanksteuerung übertragen und ihm die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates kann unmittelbar beim Leiter der Risikocontrolling-Funktion Auskünfte einholen. Der Leiter der Risikocontrolling-Funktion hat den Vorstand hierüber zu unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion gemäß MaRisk eingerichtet, deren Aufgaben von einer Mitarbeiterin der Rechtsberatung des Bereichs Vorstandsstab wahrgenommen werden. Die Compliance-Beauftragte ist in ihrer Funktion unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in einer periodischen Sichtweise. Dabei werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird

eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden. Das Risikotragfähigkeitskonzept folgt einem Going-Concern-Ansatz. In diesem Zusammenhang werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit dieser Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit aus dem handelsrechtlichen Ergebnis der Sparkasse getragen werden kann. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation auch Angaben zu Limitauslastungen über ein Ampelsystem. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Geschäfts- und Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält darüber hinaus auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet. Über die im Risikogesamtbericht getroffenen Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken entscheidet der Gesamtvorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral durch den Beauftragten für die Risikocontrolling-Funktion überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Er ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Als wesentliche Risiken wurden die Adressenausfallrisiken, die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken klassifiziert.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft hat der Vorstand eine risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie und gesonderten Leitlinien für das Firmen- und das Privatkundengeschäft festgelegt,

die jährlich überprüft werden. Im Rahmen dieser Vorgaben wurden Ziele verankert, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das auf der Grundlage der internen Risikoberichterstattung ermittelte Kundenkreditvolumen zeigt eine ausgewogene Verteilung auf die Kundengruppen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anteile nur unwesentlich verändert.

Kundenkreditvolumen (einschließlich nicht in Anspruch genommener Kreditzusagen und außerbilanzieller Geschäfte)	in Mio. EUR	
	31.12.2015	31.12.2014
Unternehmen	1.603,3	1.539,7
Privatkunden	1.825,0	1.756,6
Öffentliche Haushalte	123,6	101,8
Sonstige	3,5	3,3
Gesamt	3.555,4	3.401,4

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten.

Die Größenklassenstruktur des Kundenkreditgeschäfts nach Wirtschaftsverbänden zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. EUR	bis 1,0	1,0 bis 5,0	5,0 bis 10,0	ab 10,0
Volumen in %	65,2	19,9	7,0	7,9

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die Schwerpunkte im Unternehmenskundengeschäft mit den höchsten Anteilen am gesamten Kundenkreditvolumen liegen im Grundstücks- und Wohnungswesen (9,0 %), im KFZ-Gewerbe (6,0 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (5,9 %). Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Die Kreditrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Die Struktur des gerateten Kundenkreditgeschäfts auf Einzelkundenbasis stellt sich wie folgt dar:

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 5	71,1
6 bis 9	19,0
10 bis 15	7,3
16 bis 18	2,6

Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO-

validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust“ und einen „unerwarteten Verlust“ unterteilt. Der „erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der „unerwartete Verlust“ (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der Kreditsicherheiten in Form von Grundpfandrechten. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, so dass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Rating-

gruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich im Jahr 2015 nahezu konstant. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft fiel besser aus als geplant.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir ein dv-gestütztes Verfahren ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovor-sorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovor-sorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikopositionierung.

Der Bestand der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen hat sich im Jahr 2015 von EUR 24,7 Mio. auf EUR 24,2 Mio. verringert. Von dem Gesamtbetrag entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen hat sich durch Auflösungen ebenfalls reduziert.

Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, d. h. wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist, oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und § 26a KWG a. F.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovor-sorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft, welches sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Minderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen hat der Vorstand eine risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie und einer gesonderten Leitlinie festgelegt. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Unser Beteiligungsvermögen besteht im Wesentlichen aus der Beteiligung am SVWL. Die übrigen Beteiligungen sind von untergeordneter Bedeutung.

Eine Beteiligungskonzentration besteht somit hinsichtlich des SVWL / der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund und unsere Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften mit Kreditinstituten aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht

notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden, und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk betreiben wir in Form von Geldmarkt-, Wertpapier- und Devisengeschäften sowie Geschäften in Derivaten. Geschäfte mit der Zielsetzung der kurzfristigen Gewinnerzielung (= Handel im engeren Sinne) werden nicht getätigt.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittentenlimite fest, die auch nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente) einschließen. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und einen Wertpapierspezialfonds. Die direkt gehaltenen Schuldverschreibungen weisen vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Die Steuerung des Spezialfonds erfolgt über die Vorgabe von Rahmenbedingungen und einer Benchmarkstruktur (= Festlegung der möglichen Anlageklassen). Zum 31.12.2015 waren EUR 104,0 Mio. des Fondvermögens in geratete verzinsliche Wertpapiere investiert. Der übrige Anteil entfiel auf Aktien, Fondsanlagen und Liquidität.

Ratingstruktur der direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere:

Bonität	Moody´s	Standard & Poor´s	auf Basis von Tageswerten 31.12.2015 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	10,8
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA-	8,0
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A-	46,8
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB-	18,2
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB-	7,1
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B-	8,5
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,6
ohne Rating			0,0
			100,0

Den Ausfallrisiken von Titeln mit schwächeren Ratings im Wertpapierspezialfonds wird mit einer starken Streuung und einem Management durch Spezialisten begegnet.

Eine Konzentration besteht hinsichtlich der Forderungen und der Wertpapiere an Kreditinstitute der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unser Beteiligungsvermögen, das fast in Gänze auf die Sparkassenorganisation entfällt.

Zum 31.12.2015 beträgt der Buchwert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt EUR 33,8 Mio. Davon entfallen auf Italien EUR 12,7 Mio., auf Spanien EUR 11,2 Mio. und auf Irland EUR 9,9 Mio. Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien, Spanien, Irland und Portugal wurden mit einem Kurswert von EUR 12,3 Mio. gehalten.

Direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltene verzinsliche Wertpapiere, gegliedert nach Emissionsgebiet sowie Ratingstruktur der ausländischen Wertpapiere:

Länderrisiko	Länderrating Moody's	Länderrating Standard & Poor's	auf Basis von Tageswerten 31.12.2015 in %
Inländische Emittenten			59,3
Ausländische Emittenten			
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	10,2
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA-	10,6
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A-	5,4
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB-	13,3
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB-	0,7
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B-	0,0
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,0
ohne Rating			0,5
			100,0

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die insgesamt breite Streuung und die Struktur der Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft vertretbar.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	0,0	25,0
2) Schuldverschreibungen und Anleihen	250,4	286,3
3) Wertpapierspezialfonds	250,6	239,8
	501,0	551,1

Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken aus den bewertungsrelevanten Handelsgeschäften (Positionen 2 und 3) wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko über ein individuell vorgegebenes Marktpreisszenario ermittelt. Die hierbei angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird vom Risikocontrolling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus sind in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften als Teilbetrag des gesamten Risikobudgets vergeben. Bei

Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarnnennungen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung erfolgt die Messung der Marktpreisrisiken ebenfalls auf der Grundlage eines individuell vorgegebenen Marktpreisszenarios. Dieses beinhaltet – unter Berücksichtigung einer Durchschau im Spezialfonds – einen Zinsanstieg, ratingabhängige Spreadveränderungen und Aktienkursrückgänge. Die hierfür zu Grunde gelegten Parameter beruhen auf einer Vergangenheitsbetrachtung, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % bei einer Haltedauer von 63 Handelstagen nicht unterschritten wird.

Der Vorstand wird vom Risikocontrolling mindestens monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte informiert. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken bewegten sich unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Derivative Adressenausfallrisikopositionen werden in Form von Swappeschäften im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos sowie zur 1 : 1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermingeschäften mit Kunden eingegangen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches. Für die Limitanrechnung wird der Marktwert zu Grunde gelegt. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden bisher nur außerbörslich abgeschlossen. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die Grundsätze des HGB.

Das Kontrahentenrisiko beschreibt die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Anlagebuches gemäß CRR erfolgt nach der Marktbewertungsmethode. Der Kreditäquivalenzbetrag der Zinsswaps beträgt zum 31.12.2015 TEUR 1.870. Geschäfte werden hier ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen. Dabei finden Risikominderungstechniken keine Anwendung.

Devisentermingeschäfte sind im Verhältnis zu den Gesamtrisikoaaktiva von untergeordneter Bedeutung.

Die Sparkasse berücksichtigt im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung keine Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken. Bei derivativen Geschäften wurden im letzten Geschäftsjahr keine Vereinbarungen getroffen, die die Sparkasse gegenüber ihren Kontrahenten zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten im Falle einer eigenen Bonitätsverschlechterung verpflichten.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle aus EMIR resultierenden Anforderungen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden ausschließlich im Spezialfonds gehalten. Dieser wird durch die Vorgabe von Rahmenbedingungen und Anlageklassen sowie unter Berücksichtigung einer ausgeprägten Granularität und Risikodiversifizierung gesteuert. Der Anteil der Aktien am Gesamtvermögen des Spezialfonds betrug am 31.12.2015 31,7 %.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit Kunden entstehen, werden durch Gegengeschäfte in der Sparkassen-Finanzgruppe 1 : 1 glatt gestellt. Die Währungsrisiken der in Fremdwährungen notierten Wertpapiere des Spezialfonds werden durch Devisengeschäfte abgesichert. Insofern verbleiben allenfalls geringe „Spitzenbeträge“ als offene Devisenposition.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Von den Kunden hereingenommene Sichteinlagen in Fremdwährung werden ebenfalls währungskongruent und laufzeitkongruent angelegt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert.

Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnungen des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktziinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2014. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 63 Handelstage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte.

Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen der handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels quartalsweiser Simulationsrechnungen unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 23,2 %. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung und der Risikotragfähigkeit sowie der allgemein entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 innerhalb der vorgegebenen Limite. Konzentrationen aus dem zinstragenden Geschäft ergeben sich nicht.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2 Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Der Vorstand hat die Rahmenbedingungen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken in der Geschäfts- und

Risikostrategie und in einer gesonderten Leitlinie festgelegt. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität wird mindestens monatlich eine auf die nächsten Monate ausgerichtete Liquiditätsplanung durchgeführt. Außerdem sind in einer gesonderten Übersicht die aktuellen und potenziellen Finanzierungsmöglichkeiten erfasst. Es wird fortlaufend überprüft, ob der Zugang zu den dort genannten Refinanzierungsquellen weiterhin gegeben ist. Für kurzfristigen Liquiditätsbedarf besteht Dispositionsspielraum im Rahmen unseres Bundesbankpfanddepots.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 sowie der individuellen Risikotoleranz von 1,3. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 2,44 und 3,07. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Mittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und ab 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Der genaue Zeitpunkt der Einführung und die endgültige Ausgestaltung der NSFR ist noch nicht bekannt. Die Sparkasse hat die LCR-Kennzahl seit ihrer Einführung fortlaufend ermittelt und die Anforderungen stets eingehalten.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von den Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entsprechende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Dazu hat die Sparkasse im Jahr 2014 ein „einfaches Kostenverrechnungssystem“ (BTR 3.1 TZ 5) implementiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Liquiditätsrisikokonzentrationen bestehen nicht.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren,

Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der IT-Dienstleistungen, die weitestgehend auf die Finanz Informatik übertragen wurden. Es handelt sich hierbei um ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, das über umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Backup-Rechenzentren) verfügt. Die Konzentration ist verbundbedingt und strategiekonform.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risiko-deckungspotenzial war am 31.12.2015 mit 54,1 % beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stress-tests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die vorhandenen Eigenmittel übertreffen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,0 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen

künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Auf Basis der Ergebnisse des Sparkassen-Konjunkturindikators Westfalen-Lippe zeichnet sich für die kommenden Monate in Westfalen-Lippe eine höhere konjunkturelle Dynamik ab. Getragen wird die wirtschaftliche Expansion nach wie vor vom privaten Verbrauch, dessen Zuwächse sich aus den kräftigen realen Einkommensanstiegen der Privathaushalte speisen. Auch die Exporte dürften leicht zulegen. Bei den Bauinvestitionen dominiert weiterhin die private Wohnungsbautätigkeit. Zur Deckung des Wohnraumbedarfs der Flüchtlinge werden jedoch in zunehmendem Maße auch öffentliche Bauinvestitionen erwartet. Schließlich beabsichtigen die Unternehmen, ihre Anlageinvestitionen im Zuge der höheren Kapazitätsauslastung moderat auszuweiten.

Für den Kreditbestand erwarten wir eine Ausweitung um etwa 4 %. Eingeplant ist hierbei ein mit dem Jahr 2015 vergleichbares Darlehensneugeschäft. Dieses Neugeschäft sollte im Bestand jedoch stärker durchschlagen als im Vorjahr, da wir davon ausgehen, dass zusätzliche Valutierungen aus dem zwischenzeitlich erhöhten Bestand unserer bereits vorhandenen offenen Darlehenszusagen erfolgen. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich voraussichtlich leicht erhöhen.

Im Einlagengeschäft wollen wir unsere Marktposition verbessern und mit einer an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung Kundengelder hinzugewinnen. Wir planen insofern für die klassischen Kundeneinlagen mit einem Bestandszuwachs von gut 3 %. Aus Großeinlagen,

die nur über den Jahreswechsel bei uns angelegt waren, werden jedoch gleichzeitig Mittel abfließen, so dass insgesamt ein Wachstum von etwa 1 % verbleiben sollte.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um annähernd 3 %.

Im Dienstleistungsgeschäft wollen wir beim Bausparen unseren hohen Marktanteil halten. Marktpotenziale sehen wir im Versicherungsgeschäft. Unsere Planung für das Wertpapiergeschäft mit Kunden stellt darauf ab, dass das Ankaufsvolumen das Verkaufsvolumen um etwa EUR 20,0 Mio. übersteigt.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich in einem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Unwägbarkeiten im Finanzsystem oder politische Ereignisse die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

7.2. Finanzlage

Im Jahr 2016 sind keine größeren Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,3 liegen.

7.3. Ertragslage

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs wird folgende Entwicklung erwartet:

Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weitere Zinsentwicklung und die damit verbundene Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Dabei gehen wir mit Blick auf die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung davon aus, dass sich die Zinsstrukturkurve nicht wesentlich verändern wird. Die Europäische Zentralbank hat hier angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau auf dem niedrigen Niveau zu belassen.

Unter Berücksichtigung unserer Bestands- und Neugeschäftsplanung, der vorgenannten Zinserwartung sowie der positiven Effekte aus vorzeitig aufgelösten Zinsswaps wird sich der Zinsüberschuss nach den Werten des Betriebsvergleichs im kommenden Jahr voraussichtlich auf ca. EUR 74 Mio. erhöhen. Die im Zuge der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank mittlerweile auftretenden negativen Zinsen werden das Zinsergebnis im Jahr 2016 voraussichtlich nur unwesentlich beeinflussen.

Hinsichtlich des Provisionsüberschusses haben wir höhere Erträge aus dem Giroverkehr, dem Wertpapiergeschäft und dem Versicherungsgeschäft eingeplant. In Folge dessen sollte der Provisionsüberschuss auf ca. EUR 28 Mio. steigen.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir mit ca. EUR 65 Mio. veranschlagt. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Personalaufwand, für den wir in unseren Planungen eine tarifliche Steigerung unterstellt haben. Den Sachaufwand sehen wir leicht oberhalb des Vorjahresniveaus.

Die beschriebene Entwicklung sollte zu einer Erhöhung des Betriebsergebnisses vor Bewertung auf annähernd EUR 38 Mio. bzw. 1,05 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. EUR 3,6 Mrd. führen.

Aufgrund der Struktur unserer Eigenanlagen und der Diversifizierung der Bestände erwarten wir beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft keine größeren Belastungen. Dabei unterstellen wir jedoch, dass es zu keinen außergewöhnlichen Marktstörungen kommt. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Es ist nie auszuschließen, dass es in einem Geschäftsjahr zu einem tendenziell höheren Bewertungsaufwand kommt. Für das Jahr 2016 haben wir im Vergleich zum Jahr 2015 zunächst

einen ungünstigeren Verlauf angenommen. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels eines aktiven Kreditrisikomanagements sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden. Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die „Erste Abwicklungsanstalt“ in den nächsten Jahren mit durchschnittlich EUR 2 Mio. pro Jahr belastet. Weitere Belastungen für die Ergebnis- und Kapitalentwicklung könnten sich außerdem noch aus regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. Basel III-Regelungen, Meldewesen) ergeben.

Wir richten uns u. a. an der in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGVO definierten Zielgröße „Cost-Income-Ratio“ aus. Für 2016 erwarten wir aus Aufwendungen und Erträgen ähnlich wie im Vorjahr ein Verhältnis von ca. 63 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015

der
Kreissparkasse Steinfurt

Land
Nordrhein/Westfalen

Regierungsbezirk
Münster

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		24.846.449,43		25.505
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		92.180.279,02		21.100
			117.026.728,45	46.606
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		98.378.334,03		38.631
b) andere Forderungen		927.859,28		27.050
			99.306.193,31	65.681
4. Forderungen an Kunden			2.758.599.742,86	2.660.330
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.529.639.039,31	EUR		(1.492.638)
Kommunalkredite	123.413.850,24	EUR		(116.453)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		98.735.482,75		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	98.735.482,75	EUR		(0)
bb) von anderen Emittenten		151.653.083,56		287.805
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	151.653.083,56	EUR		(287.805)
			250.388.566,31	287.805
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag		0,00	EUR	(0)
			250.388.566,31	287.805
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			250.551.551,37	239.819
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			52.665.479,00	52.869
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	736.921,63	EUR		(737)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			1,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			165.642,27	228
darunter:				
Treuhandkredite	165.642,27	EUR		(228)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		132.438,00		221
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			132.438,00	221
12. Sachanlagen			23.590.421,31	26.160
13. Sonstige Vermögensgegenstände			5.069.199,95	9.348
14. Rechnungsabgrenzungsposten			153.122,32	170
Summe der Aktiva			3.557.649.086,15	3.389.237

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		128.498,78		578
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>766.785.856,40</u>		<u>798.843</u>
			766.914.355,18	799.421
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	716.001.851,62			672.705
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>81.868.689,95</u>			<u>111.053</u>
		797.870.541,57		783.758
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.496.008.400,54			1.306.906
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>140.604.333,47</u>			<u>150.547</u>
		1.636.612.734,01		1.457.453
			2.434.483.275,58	2.241.211
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			<u>(0)</u>
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			165.642,27	228
darunter:				
Treuhandkredite	165.642,27 EUR			(228)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.396.911,55	1.421
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>483.726,14</u>	<u>558</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.609.205,00		21.987
b) Steuerrückstellungen		<u>3.266.000,00</u>		<u>1.971</u>
c) andere Rückstellungen		<u>12.929.344,00</u>		<u>13.319</u>
			39.804.549,00	37.277
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	10.001
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			113.200.000,00	104.450
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	194.668.567,94			189.602
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		194.668.567,94		189.602
d) Bilanzgewinn		<u>5.532.058,49</u>		<u>5.067</u>
			200.200.626,43	194.669
Summe der Passiva			3.557.649.086,15	3.389.237
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>53.078.384,30</u>		<u>55.353</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			53.078.384,30	55.353
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>151.319.818,48</u>		<u>118.748</u>
			151.319.818,48	118.748

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	95.594.691,98			100.478
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	1.718,78 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.130.614,81			3.349
		98.725.306,79		103.827
2. Zinsaufwendungen		46.162.117,73		49.747
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.231.930,62 EUR			(1.274)
			52.563.189,06	54.080
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		10.466.054,49		9.983
b) Beteiligungen		1.482.073,17		1.401
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			11.948.127,66	11.384
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		27.496.349,11		26.017
6. Provisionsaufwendungen		1.064.103,94		971
			26.432.245,17	25.046
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			8.300.278,81	2.703
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.289,17 EUR			(1)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			99.243.840,70	93.213
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	34.823.101,56			34.322
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.308.093,30			10.493
darunter: für Altersversorgung	5.234.943,96 EUR			(4.367)
		46.131.194,86		44.814
b) andere Verwaltungsaufwendungen		16.400.952,64		19.552
			62.532.147,50	64.366
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.265.431,76	3.149
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.124.930,19	2.068
aus der Fremdwährungsumrechnung	5.099,62 EUR			(3)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		15.734.459,27		891
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			15.734.459,27	891
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		85.227,69		4.127
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			85.227,69	4.127
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			64.409,09	130
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			8.750.000,00	5.750
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.687.235,20	12.732
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.014.880,62		7.526
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		140.296,09		139
			1.155.176,71	7.665
25. Jahresüberschuss			5.532.058,49	5.067
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			5.532.058,49	5.067
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			5.532.058,49	5.067
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			5.532.058,49	5.067

Anhang 2015

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuld-scheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen und Schuld-scheindarlehen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir

die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für die von uns gehaltenen Schuldverschreibungen aus der S-Finanzgruppe in Höhe von EUR 135 Mio. (Nominalwerte) waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Zur Bewertung wurden hier gestellte Börsenkurse zugrunde gelegt. Diese wurden durch die Berechnung theoretischer Kurse plausibilisiert.

Der zur Ermittlung der theoretischen Kurse verwendete Diskontierungszins berücksichtigte als Basiszins die sogenannte „Swapkurve“ und den am Markt beobachtbaren Neuemissionszuschlag des jeweiligen Emittenten. Dieser Neuemissionszuschlag berücksichtigt das Adressenausfallrisiko des Emittenten und das Liquiditätsrisiko.

Die Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (Aktiva 6) entfällt auf unseren Wertpapier-Spezialfonds. Als beizulegenden Wert haben wir den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit haben wir den Abzinsungszeitraum geschätzt.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen nicht der Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 30.09.2015, sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um TEUR 385.

Die Rückstellungen für Jubiläumzahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen berücksichtigt. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu 2 Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit

dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz. Darüber hinaus besteht aufgrund einer Betriebsvereinbarung für einen bestimmten Personenkreis die Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer Altersteilzeitregelung. Bei der Bewertung der Rückstellung für aufgrund des Wahlrechtes der Arbeitnehmer voraussichtlich in der Zukunft abzuschließende Altersteilzeitvereinbarungen wurde vom Grad der wahrscheinlichen Inanspruchnahme ausgegangen. Die voraussichtlich zu leistenden Beträge wurden vorsichtig geschätzt.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Devisentermingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und nicht gesondert bewertet.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlusstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und somit nicht gesondert bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 8.914 bzw. TEUR 9.436.

Aus der Währungsumrechnung ergeben sich einschließlich realisierter Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge von TEUR 1 und Sonstige betriebliche Aufwendungen von TEUR 5.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	96.189	35.544
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.371	4.372

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Papieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	250.389	250.389	---
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	250.552	---	250.552

Anteile an Sondervermögen

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

Investmentfonds (in Mio. EUR):	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2015	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Teuto-I-Fonds	250,6	287,7	37,1	10,5	Ja	---

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage in Investmentfonds ist die Renditesteigerung und die Risikodiversifizierung. Dabei wird überwiegend in verzinsliche Wertpapiere investiert.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen zu rund 57 % auf Provisionsansprüche an Verbundpartner und zu rund 34 % auf Forderungen aus der Bargeldlogistik an ein Werttransportunternehmen.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	--	--
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	414	487

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kunden	144	90

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Kreissparkasse Steinfurt ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2015 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2015 TEUR 2.508.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen

Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2014 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 89.642 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die „Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2015 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2016 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sparkasse hat gemäß vorliegender Bescheide noch abzuführende Gewerbesteuern eine Verbindlichkeit in Höhe von insgesamt TEUR 1.537 passiviert.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten und der unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	609.101

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	79	402	566	568
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	--	409	26	21

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2016 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	---	---	---	---		
4. Forderungen an Kunden	78.371	196.600	775.500	1.573.428	134.306	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						---
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.145	88.463	258.495	401.672		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.454	57.188	10.313	843		
	26.892	42.752	67.578	2.417		

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften bzw. Zinsaufwendungen

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 in Höhe von EUR 83,33 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 in Höhe von EUR 9.241,42 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen zu etwa 72 % auf Erstattungszinsen gem. § 233a AO aus einer zurückliegenden Steuerprüfung.

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Durch die vorzeitige Schließung von Zins-Swaps sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 11.930 angefallen, die unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

Provisionserträge

Rund 38 % der Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate, Leasingverträge) und die Verwaltung von Treuhandkrediten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Etwa TEUR 301 des ausgewiesenen Steueraufwands entfällt auf Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung. Der ausgewiesene Steueraufwand ist um etwa TEUR 10.251 gemindert um Steuererstattungen infolge einer Berichtigungsveranlagung für Vorjahre.

D. Sonstige Angaben

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

<u>Aktive latente Steuern</u>	<u>Erläuterung der Differenz</u>
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,00 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,83 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Bildung von Vorsorgereserven sowie des Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Unsere Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in Vorjahren derivative Finanzinstrumente abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

Die Zins-Swaps wurden in Form von Festzinsezahler- und Festzinsempfänger-Swaps abgeschlossen. Der Kreditäquivalenzbetrag wurde am 31.12.2015 unter Anwendung der Nettingmethode mit TEUR 1.870

ermittelt. Die Geschäfte dienen ausschließlich der Steuerung allgemeiner Zinsänderungsrisiken.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Handels-geschäfte	Deckungs-geschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken Devisentermingeschäfte	2.717	---	---	2.717	1.358	1.359
Zinsrisiken Zins-Swaps	0	260.000	225.000	485.000	---	485.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

	Bilanzposten	Buchwerte	Beizulegende Zeitwerte	
			positiv	negativ
Derivative Finanzinstrumente		TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken Devisentermingeschäfte	---	---	3	---
Zinsrisiken Zins-Swaps	---	---	---	48.934

Der beizulegende Zeitwert der Zins-Swaps wird über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Swaps entnommen.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir durch die Ermittlung der Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen (Zinsbuch) über die Abzinsung aller innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen (Cashflows). Diese werden mit der der jeweiligen Laufzeit entsprechenden aktuellen Rendite abgezinst. Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion – ohne Marge der Sparkasse) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen bewertet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden.

Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht

zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 60,3 Mio. in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2015 EUR 2,5 Mio. dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2015: EUR 12,5 Mio). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapi-

tal des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 2,80 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von EUR 150,0 Mio. zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgt zum 19.02.2016. Auf die Sparkasse entfällt ein Anteil von EUR 4,21 Mio. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	246
andere Bestätigungsleistungen	19
Gesamtbetrag	<u>265</u>

Bezüge und Altersvorsorge der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des

Vorstands erhalten feste Bezüge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15%) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15% des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat, auf Grundlage der Ergebnisse und der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele des abgelaufenen Geschäftsjahres, festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Vorsitzende des Vorstands Rainer Langkamp erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 397, einer für 2014 zeitanteilig vereinbarten Leistungszulage von TEUR 18 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 19 eine Gesamtvergütung von TEUR 434. Das Vorstandsmitglied Jürgen Brönstrup erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 361, einer Leistungszulage von TEUR 24 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 17 eine Gesamtvergütung von TEUR 402. Das Vorstandsmitglied Heinz-Bernd Buss erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 361, einer Leistungszulage von TEUR 24 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 12 eine Gesamtvergütung von TEUR 397. Insgesamt wurde ein Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 1.233 ausbezahlt, der sich aus Grundbeträgen in Höhe von TEUR 1.119, Leistungszulagen von TEUR 66 und Sonstigen Vergütungen von TEUR 48 zusammensetzt.

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Rainer Langkamp, Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss Anspruch auf Ruhegeldzahlungen mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Rainer Langkamp beträgt 40 %, von Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss beträgt er derzeit 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge.

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Der Anspruch von Rainer Langkamp beträgt derzeit 40 %, von Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss beträgt derzeit 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Für Rainer Langkamp (Vorsitzender des Vorstands) wurden im Jahr 2015 TEUR 272 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2015 belief sich auf TEUR 2.958. Für das Vorstandsmitglied Jürgen Brönstrup wurden im Jahr 2015 TEUR 448 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2015 belief sich auf TEUR 3.310. Für das Vorstandsmitglied Heinz-Bernd Buss wurden im Jahr 2015 TEUR 459 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2015 belief sich auf TEUR 3.392. Insgesamt wurden im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung TEUR 1.179 zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2015 belief sich insgesamt auf TEUR 9.660.

Von den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind insgesamt TEUR 937 auf die Verminderung des der Bewertung zugrunde liegenden Abzinsungssatzes gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung zurückzuführen.

Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse, einschließlich beratender Teilnehmer, wird ein Sitzungsgeld von EUR 300,00 je Sitzung gezahlt. Der Vorsitzende erhält jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die Mitglieder des Verwaltungsrates für die Zweckverbandsversammlung ein Sitzungsgeld von EUR 75,00 je Sitzung. Für jede Gremiensitzung und Seminarteilnahme wird den Mitgliedern und dem Vorsitzenden eine Fahrtkostenpauschale von EUR 25,00 gezahlt. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	EUR	Name	EUR
Kubendorff, Thomas	7.275	Rählmann, Christina	1.950
Grunendahl, Wilfried	4.650	Rauen, Engelbert	1.875
Hafer, Hermann	4.350	Botzke, Andreas	1.800
Diesfeld, Jürgen	3.450	Twilling, Verena	1.800
Hegerfeld-Reckert, Anneli	3.450	Vosseberg, Bernward	1.500
Vennemeyer, Peter	3.450	Berentelg, Hermann	1.350
Diekmann, Rudolf	3.150	Fehr, Helmut	1.350
Weiss, Andreas	3.150	Dr. Effing, Klaus	675
Boße, Hartmut	3.000	Möllering, Franz	450
Kubeczko, Peter	3.000	Dr. Schrameyer, Marc	375
Hoge, Andreas	2.775	Bögel-Hoyer, Claudia	300
Steingröver, Heinz	2.475	Hoffmann, Bernd	300
Streich, Hans-Jürgen	2.175	Üffing, Jürgen	300
Rietmann, Paul	2.100		
		Insgesamt	62.475

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 838 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2015 TEUR 10.339.

Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2015 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen TEUR 1.082 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 12.506 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
Vollzeitkräfte	470	501
Teilzeit- und Ultimokräfte	315	307
	<u>785</u>	<u>808</u>
Auszubildende	54	65
Insgesamt	<u>839</u>	<u>873</u>

Verwaltungsrat

Mitglieder

Thomas Kubendorff
Vorsitzendes Mitglied
Landrat des Kreises Steinfurt
bis zum 20.10.2015

Dr. Klaus Effing
Vorsitzendes Mitglied
Landrat des Kreises Steinfurt
ab dem 12.11.2015

Wilfried Grunendahl
1. stellv. Vorsitzender
selbstständiger Kaufmann
Betonwarenherstellung
Landtagsabgeordneter NRW

Anneli Hegerfeld-Reckert
2. stellv. Vorsitzende
Geschäftsführerin
Vermietung und Verpachtung

Hermann Berentelg
Unternehmer
Ziegelherstellung

Rudolf Diekmann
selbstständiger Rechtsanwalt

Jürgen Diesfeld
Angestellter Lottogesellschaft i.R.

Hermann Hafer
technischer Beamter i.R.

Paul Rietmann
Landwirt

Hans-Jürgen Streich
KFZ-Meister i.R.

Andreas Weiss
selbstständiger Rechtsanwalt

Hartmut Boße
Sparkassenangestellter

Andreas Botzke
Sparkassenangestellter

Peter Kubeczko
Sparkassenangestellter

Verena Twilling
Sparkassenangestellte

Bernward Vosseberg
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Gerhard Schomberg
Landwirtschaftsmeister

Klaus Meiers
Diplom-Pflegewirt
Geschäftsführer
Krankenpflege

Helmut Fehr
Angestellter Landtag NRW
Lehrer i.R.

Ludger Hummert
Buchführungssachbearbeiter
Landwirt

Sigrid Schulze Lefert
Agraringenieurin

Gisela Lang
staatl. geprüfte Betriebswirtin
Verwaltungsangestellte

Gisela Köster
Kinderkrankenschwester, Hausfrau

Reinhard Lah
Elektroinstallateur i.R.

Klaus Holthaus
Diplom-Volkswirt, Berufsschullehrer i.R.

Jörg Misch
Sparkassenangestellter

Karin Miltrup
Sparkassenangestellte

Jürgen Üffing
Sparkassenangestellter

Bernd Hoffmann
Sparkassenangestellter

Jens Stegemann
Sparkassenangestellter

Beratende Teilnahme

Andreas Hoge
Bürgermeister
der Stadt Steinfurt
bis zum 20.10.2015

Christina Rählmann
Bürgermeisterin
der Gemeinde Mettingen

Engelbert Rauen
Bürgermeister der
Gemeinde Wettringen
bis zum 20.10.2015

Heinz Steingröver
Bürgermeister
der Stadt Ibbenbüren
bis zum 20.10.2015

Peter Vennemeyer
Bürgermeister
der Stadt Greven

Claudia Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin
der Stadt Steinfurt
ab dem 21.10.2015

Franz Möllering
Bürgermeister
der Gemeinde Neuenkirchen
ab dem 12.11.2015

Dr. Marc Schrameyer
Bürgermeister
der Stadt Ibbenbüren
ab dem 21.10.2015

Vorstand

Rainer Langkamp
Vorsitzender

Jürgen Brönstrup

Heinz-Bernd Buss

Ibbenbüren, 05. April 2016

Der Vorstand



Rainer Langkamp



Jürgen Brönstrup



Heinz-Bernd Buss

**Anlage zum Jahresabschluss
gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2015
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Kreissparkasse Steinfurt hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Kreissparkasse Steinfurt besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Kreissparkasse Steinfurt definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinser-

träge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 TEUR 99.243.

Die durchschnittliche Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt 839.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 6.687.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von TEUR 1.015 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 140 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 5.532. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Kreissparkasse Steinfurt hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Steinfurt für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres-

abschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 25.04.2015

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Prüfungsstelle -

Beyer
Wirtschaftsprüfer

Wenn's um Geld geht



**Kreissparkasse
Steinfurt**

Wenn's um Geld geht



**Kreissparkasse
Steinfurt**